

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Mühlendammstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Mühlendammstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 30.

Berlin, den 26. Juli 1908.

9. Jahrgang.

## Kollegen, arbeitet eifrig am Ausbau und der Stärkung des Verbandes!

### Inhaltsverzeichnis.

Das Submissionswesen im Handwerk. — Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte. — Rundschau: „Berliner“ Charakteristik. Entschuldigungsgründe. Unzufriedenheit im sozialdemokratischen Dachdeckerverband. Der Dank vom Hause de Wendel. Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen. Ausländische Arbeiter im Tiefbaugewerbe. Pfändbarkeit des Lohnes. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Gelsenkirchen. Klingen. Erier. — Briefkasten. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

### Das Submissionswesen im Handwerk.

Staat und Gemeinden haben es längst als ihre besondere Pflicht anerkannt, den Handwerkerstand in seiner Leistungsfähigkeit zu stärken, und sind aus diesem Grunde zu übergegangen, bei öffentlichen Vergabungen von Arbeiten und Lieferungen die Handwerker angemessen zu berücksichtigen. Aber die Grundsätze, nach denen bei der Vergabung solcher Arbeiten und Lieferungen verfahren wird, sind nicht immer solche, daß sie als einwandfrei und musterhaft bezeichnet werden könnten. Die „Kühnheit“ bekannter „Submissionsblätter“ sind ein Beweis für geradezu zu einem unerträglichen Zustand ausgeartet. Daher werden auch von den beteiligten Kreisen Vorschläge gemacht, um wenigstens die schlimmsten Mißstände zu beseitigen, wenn man es nicht vorzieht, nach sozialdemokratischem Rezept Regiebetriebe zu befürworten.

Die Hauptübel beim Submissionswesen liegen in vielerlei Umständen: in der mangelhaften Beschreibung der verlangten Arbeit, in der Vergabung an einen Generalunternehmer und im Zuschlag an den Mindestfordernden. Nach ersterer Richtung hin werden sowohl die Art wie die Qualität der Arbeiten zu oberflächlich festgestellt. Von den erschwerenden oder erleichternden Umständen wird den Vorschlägen zu wenig oder gar nichts gesagt, so daß dem Handwerker ein einigermaßen richtiges Angebot sehr erschwert ist. Vielerlei Kleinigkeiten, die sich in ihrer Gesamtheit aber zu einem erheblichen Kostenpunkt verlichten können, soll der Submittent in seine Preisberechnung einbeziehen, ohne daß ihm der Umfang des Beforderten aus der Ausschreibung genügend ersichtlich geworden ist. Werden öffentliche Arbeiten und Lieferungen an einen Generalunternehmer vergeben, so sind dadurch die Handwerker meist von einer direkten Beteiligung ausgeschlossen. Sie können dann in der Regel nur mehr als Gesellen im Solde des Unternehmers mitwirken, der ihnen die Arbeitsbedingungen vorschreibt. Daher muß die Ausschreibung von öffentlichen Arbeiten, soweit es sich ermöglichen läßt, in vielen und kleinen Losen und für die verschiedenen Gewerkszweige getrennt erfolgen. Sodann muß mit dem Prinzip, dem Mindestfordernden unter allen Umständen den Zuschlag zu erteilen, gebrochen werden. Die grundsätzliche Übertragung der Arbeit an den Mindestfordernden wirkt auf die Handwerker demotivierend und dient dabei durchaus nicht dem Interesse von Staat und Gemeinde; denn vielfach wird die Arbeit zum niedrigen und meist gar nicht ausreichenden Preise entsprechend schlecht oder minderwertig ausgeführt. Der Zuschlag sollte stets auf das in jeder Beziehung annehmbare, die tüchtigste und rechtzeitige Ausführung der Arbeit sichernde Gebot erfolgen. Das schließt nicht aus, unter Umständen dem Mindestfordernden den Zuschlag zu erteilen, nur darf das nicht Grundsatz sein.

Um mit dem Prinzip, dem niedrigsten Angebot den Zuschlag zu erteilen, zu brechen, hat man es in einigen Städten, wie Mannheim, Ludwigshafen, mit dem Mittelpreissverfahren versucht. Alle Submittenten, die über den bestimmten Prozentsatz von dem Vorschlag oder dem Durchschnittssumme aller Offerten abweichen, sind von der Zuschlagserteilung ausgeschlossen. In Mannheim lautet die betreffende Bestimmung: „Der Zuschlag für öffentlich ausgeschriebene Lieferungen und Arbeiten im Anschlage von 500—5000 M hat an den Bewerber zu erfolgen, dessen Angebot dem Mittelpreise sämtlicher eingelaufenen Angebote nach unten gerechnet am nächsten kommt. Angebote, die mehr als 30 pCt. unter dem am nächsten Kostenanschlag bleiben oder denselben um mehr als 30 pCt. überschreiten, sind zurückzuziehen und bleiben bei der Berechnung des Mittelpreises außer Betracht.“ Der Erfolg der Durchführung des Mittelpreissverfahrens erhoffte sich nicht in dem gewünschten Umfange ein. Die Zuschlagserteilung nach dem Mittelpreise brachte lediglich die Verschreibung der Preise nach oben mit sich, dagegen haben sich für die Stadt keine nennenswerten Vorteile

Die Handwerker wünschen vor allem eine Lokalisierung der Bewerbungen, d. h. bei einer Submission sollen die ortsanfässigen Gewerbetreibenden allein berücksichtigt werden oder doch unbedingt bei nicht allzu erheblichen Preisdifferenzen vor den auswärtigen bevorzugt werden. Augsburg hat einen entsprechenden Paragraphen in seine Submissionsbedingungen aufgenommen. Die Vergabung bleibt dort auf ortsanfässige Gewerbetreibende beschränkt, allerdings nur dann, wenn der Magistrat aus besonderen Gründen nicht anders verfügt. Andererseits kann man von einer Gemeinde nicht verlangen, daß sie grundsätzlich und unter allen Umständen alle Arbeiten an einheimische Handwerker vergibt. Das könnte auf die Dauer die berechtigten Interessen der Gemeinde gefährden, wogegen ein Wettbewerb von auswärts auf das heimische Gewerbe fördernd wirken kann. Es ist schon öfter vorgekommen, daß sämtliche für die Stadt arbeitenden Unternehmer sich zusammenschlossen, um durch geheime Abmachungen ihren Offerten bei Submissionen übermäßig hohe Preise zugrunde zu legen.

Von großer Wichtigkeit beim Submissionswesen ist die Streik- und Lohnklausel. Bei der Streikklausel handelt es sich darum, bei Ausbruch eines Streiks die Lieferungsfrist um die Dauer des Streiks zu verlängern. Man kann es aber nicht als angängig bezeichnen, daß die Streikklausel von vornherein in die Submissionsbedingungen aufgenommen wird; denn Staat und Gemeinde dürfen nicht ohne weiteres zugunsten einer Berufsklasse Stellung nehmen, woraus einer andern Berufsklasse Nachteile entstehen. Die Arbeitgeber haben von der Streikklausel entschieden Vorteil, wogegen die Arbeitnehmer durch die Streikklausel benachteiligt sind, weil sie ihnen die Vorteile eines Streiks, der für sie dann die besten Aussichten hat, wenn der Arbeitgeber durch bestimmte Lieferfristen gebunden ist, verschließt. Die Lohnklausel hat den Zweck, auf das Verhältnis zwischen Submittenten und deren Arbeiter Einfluß zu gewinnen. Es muß als berechtigt anerkannt werden, wenn Staat und Gemeinde den mittelbar in ihren Diensten stehenden Arbeitern, d. h. den Arbeitern solcher Privatunternehmer, welche für Staat und Gemeinde Arbeiten übernehmen, Schutz angedeihen lassen. Auch diesen Arbeitern gegenüber müssen sich Staat und Gemeinde wenigstens mittelbar als Arbeitgeber betrachten und sich einen Einfluß auf eine gute Gestaltung des Arbeitsverhältnisses (Arbeitszeit, Löhne, Behandlung der Arbeiter) sichern.

An Versuchen, die Mißstände, die sich im Submissionswesen herausgebildet haben, zu beseitigen, fehlt es nicht. Staatlicherseits wurden verschiedene Submissionsordnungen erlassen, wie die preussische vom 23. Dezember 1905. Auch die einzelnen Stadtverwaltungen haben sich mit dem Problem beschäftigt. Mannheim hat auch die Frage der Lokalisierung der Bewerber auf dem Wege eines Kompromisses gelöst, indem es bei größeren Vergabungen unbedingt am Submissionswesen festgehalten hat, dagegen bei kleineren Aufträgen Vergabung aus freier Hand eintraten ließ. Alle Aufträge im Anschlage bis zu 1000 M werden grundsätzlich nur noch an solche Gewerbetreibende vergeben, die in Mannheim ortsanfässig sind und dort seit mindestens zwei Jahren ein eigenes Geschäft betreiben. Die Vergütung für die ausgeführten Arbeiten geschieht nicht auf Grundlage einer besonderen Vereinbarung, sondern nach Tarifen. Es wird eine eigene Handwerkerliste geführt und die Arbeiten werden im Turnus verteilt. Die Lohnklausel haben verschiedene Städte, wie Straßburg, Eisen, Elberfeld berücksichtigt. In Karlsruhe z. B. sind solche Firmen, die im Verdachte stehen, ihre Arbeiter in bezug auf Arbeitszeit, Löhne, Behandlung unbillig zu halten, falls sich dieser Verdacht bestätigt, bei Submissionen nicht zu berücksichtigen. In Wengen (Württemberg) werden bei Vergabung städtischer Arbeiten die Meister- und Gesellenlöhne festgesetzt.

In letzter Zeit hat Darmstadt eine Neuregelung des Submissionswesens vorgenommen. Auch in Darmstadt hatte das kurzzeit bestehende Vergabewesen eine starke Preisdrückerei zur Folge. Der Darmstädter Innungsausschuß machte daher Vorschläge zur Abänderung des Submissionswesens. Die Vorschläge wurden von der Stadtverordnetenversammlung, der sie in einer eingehenden Debatte vorgelegt wurden, am 8. Juni 1908 angenommen. Die Vorschläge des Innungsausschusses bewegten sich in folgender Form:

Art der Ausschreibung. Die Arbeiten und Lieferungen sollen in der bisherigen Weise, entweder freihändig oder durch öffentliche oder nichtöffentliche Ausschreibungen vergeben werden. Die freihändig zu vergebenen Arbeiten und Lieferungen sollen an geeignete Unternehmer möglichst in einer gewissen Reihenfolge abwechselnd vergeben werden. Die Vergabung an Generalunternehmer soll in der Regel ausgeschlossen sein.

Unterlagen für die Ausschreibung. Bei Ausschreibungen ist der Gegenstand der Ausschreibung in allen wesentlichen Beziehungen bestimmt zu bezeichnen. Über alle

für die Preisberechnung erheblichen Nebenumstände sind vollständige, eine zutreffende Beurteilung der Bedeutung derselben ermöglichende Angaben zu machen. Die zum Verständnis der geforderten Leistungen gehörenden Zeichnungen, Skizzen, Modelle, Erläuterungen, Massenberechnungen (ohne Preisansätze) usw. müssen bei der Ausschreibung vollständig fertig und den Bewerbern zugänglich sein. Die Arbeiten sind nach Berufsarten getrennt, unter mehrere Arbeiten in mehrere Lose geteilt zu vergeben, damit auch kleineren Gewerbetreibenden und Handwerklern die Beteiligung ermöglicht wird. Für die Ausführung der Arbeiten und Lieferungen sind ausreichennd bemessene Fristen zu bewilligen.

Verfahren bei der Ausschreibung. Die öffentlichen Ausschreibungen erfolgen unter Bezugnahme auf die Bedingungen durch das amtliche Kreisblatt, erforderlichenfalls unter Benutzung anderer Blätter, namentlich der Fachpresse. Die öffentlichen Ausschreibungen müssen in gedrängter Form diejenigen Angaben vollständig enthalten, welche für die Entschliessung darüber, ob jemand an der Vergabung sich beteiligen will, von Wichtigkeit sind. Die nichtöffentlichen oder engeren Ausschreibungen erfolgen durch schriftliche Mitteilungen unter Bezugnahme auf die Bedingungen und unter Beifügung: a) der Unterlagen über die Art und den Umfang der Vergabung oder Arbeit, b) der etwaigen besonderen Bedingungen, unter welchen die Vergabung stattfindet, und c) der Aufforderung zur Einsichtnahme von Zeichnungen, Proben, Modellen usw. Die Frist zur Einreichung der Angebote auf Arbeiten und Lieferungen darf nicht zu kurz bemessen werden, damit den Bewerbern Zeit bleibt, bei ihren Lieferanten die Materialpreise einzuholen. Zur Mitwirkung bei Aufstellung der besonderen Bedingungen sowie bei den Vorarbeiten für die Zuschlagserteilung wird eine Kommission gebildet, bestehend aus Beamten des Bauamts und Sachverständigen, welche vom organisierten Handwerk in Vorschlag gebracht werden. Die Sachverständigen dürfen sich an der Submission nicht beteiligen, sollen aber durch Bezahlung für ihre Mithewaltung entschädigt werden.

Zuschlagserteilung. Die Arbeiten werden in der oben bereits erwähnten Weise ausgeschrieben, die bis zum angegebenen Termin eingegangenen Offerten aber nicht eher geöffnet, bis die zu diesem Zweck gebildete Kommission die in Frage stehende Arbeit kalkuliert und die Selbstkosten genau festgestellt hat, welchem Preis ein angemessener Verdienst zuzurechnen ist. Das Resultat dieser Kalkulation soll insofern maßgebend für die Zuschlagserteilung sein, als derjenige Submittent, dessen Angebot am nächsten an dieses Resultat herankommt, der Baukommission für die Zuschlagserteilung empfohlen werden soll.

Ausschluß bei der Zuschlagserteilung. Ausschließen bei der Zuschlagserteilung sind Bewerber, welche als nicht zuverlässig bekannt sind oder ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitern oder den Arbeitervertretungsorganen nicht nachkommen. Bei Ausständen oder Auspöcherungen behält sich die Verwaltung die Entschliessung über die vom Unternehmer nachgesuchte Verlängerung der Vollendungsfrist der Lieferzeit sowie über die etwa zuzubilligende Preiserhöhung wegen Steigerung der Arbeitslöhne ausdrücklich vor.

Diese Regelung des Submissionswesens entspricht in manchen Punkten den von beteiligten Kreisen aufgestellten Forderungen und ist auch bemerkt, die bekannten drei Hauptmißstände zu beseitigen. Der Generalunternehmer ist nicht unter allen Umständen ausgeschlossen; es wird also auf die praktische Handhabung der Bestimmung abgesehen. Bezüglich der Streikklausel ist sich nicht zugunsten einer Partei festgelegt, sondern wird von Fall zu Fall entschieden. Auch die Lohnklausel ist berücksichtigt. Am einschneidendsten ist die Reform der Zuschlagserteilung. Eine eigene Kommission zur Kalkulation der Arbeit und der Selbstkosten ist eingesetzt. Mit dem Prinzip, dem Mindestfordernden den Zuschlag zu erteilen, ist gebrochen, indem der den Zuschlag erhalten soll, dessen Angebot dem Vorschlag der Kommission am nächsten kommt. Diese Methode nähert sich dem Mittelpreissverfahren. Aber die schwerste Gefahr dieses Verfahrens ist dadurch beseitigt, daß nicht der Mittelpreis sämtlicher Offerten, sondern ein Preis, der nicht auf gefunder Kalkulation, sondern nur auf einer rechnerischen Methode beruht, maßgebend ist, sondern den Zuschlag der erhält, dessen Preis nach Berechnung der Kommission der angemessenste ist. Ob sich diese Art der Zuschlagserteilung bewähren wird, wird die nächste Zeit zeigen.

### Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Fruchtmarkt. — Getreidepreise. — Kreditverhältnisse der deutschen Städte.

Zu wiederholten Malen war in diesen Spalten von der Gestaltung des Fruchtmarktes die Rede. Mit ziemlich düsteren Ausblicken traten wir Anfangs des Jahres an diese Frage heran. Das ungarische Ackerbauministerium war, das auch diesem Gebiete infolge der Bedeutung der ungarischen Landwirtschaftsbeiträge durchaus nicht „namenlos“ ist, welches unter Zuhilfenahme eines möglichst annähernd abschätzenden Zahlenmaterials sich in äußerst schwarzen Prognosen erging. Und wir hatten, ähnlich wie übrigens fast alle bedeutenden Handelszeitungen, uns von dem Pessimismus etwas antesten lassen, ohne deswegen schon gleich

alle Hoffnung aufzugeben. Denn gerade auf diesem Gebiete hat sich so oft schon alle menschliche Rechenkunst als nutzloses Spiel erwiesen. Und wir hatten in der Tat nach einiger Zeit bereits die Begegnung, den glimmenden Funken unserer Hoffnung zu heftiger Regen, „anblasen“ zu dürfen. Freilich haben wir uns dann später gehütet, mit einer Anzahl von Rosenkränzen — man muß denen ja immer etwas auf die Finger legen: sie tauchen die Feder nie umfonst abwechselnd in rote und in schwarze Tinte! — in das Gegenteil, in einen unbegrenzten Optimismus zu verfallen, wenn auch amerikanische Berichte einen förmlichen Anreiz dazu boten. Die „goldene Mitte“ hat sich mal wieder als das Fazit einer gesunden Lebensweisheit erwiesen.

Die Ernteberichte lassen tatsächlich ein nicht ungünstiges Ergebnis erwarten, vorausgesetzt natürlich, daß nicht höhere Gewalt schließlich noch einen Streich durch alle Berechnungen zieht. Allerdings zeigte die Getreideernte letzten Jahres Tendenz. Aber die Ursache dafür war mehr in dem augenblicklichen Vorhandensein verhältnismäßig nur kleiner Vorräte zu erblicken. Und dann kam auch Ungarn mit stellenweise nicht gerade günstigen Berichten, während in Rumänien sich stellenweise ungunstige, stellenweise jedoch auch sehr günstige Resultate erhoffen lassen. Wichtiger ist schon, daß Südrußland von einer, den Getreidefeldern vorwiegend günstigen Witterung berichten kann.

Und dann bestehen für Kanada sogar sehr große Erwartungen. Man glaubt, daß dort die Ernte drei bis vier Wochen früher als im Vorjahre beginnen werde. Es dürfte vielleicht der sechste Rekordeertrag des Jahres 1906 wieder erreicht werden. Was die europäischen Importländer anbelangt, so sind dort die Aussichten amüßend günstig. Soweit Deutschland in Betracht kommt, nimmt der Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrates die Roggenernte mit 100,8 Prozent einer Mittelerte von, was bei einem Durchschnittsertrag der letzten fünf Jahre von etwa 9,80 Millionen Tonnen eine Ernte von 9,88 Millionen Tonnen erwarten ließe. Soweit sonstige Zahlenangaben vorliegen, beruhen sie zumeist noch auf ziemlich phantasievollen Annahmen, so daß von einem näheren Eingehen abgesehen werden kann. Alles in allem aber: wir dürfen mit einem Vertrauen in die Zukunft sehen. Und das ist gut so. Denn gerade die jetzige Zeit des wirtschaftlichen Niederganges läßt die Bedeutung der Landwirtschaft, der man in Zeiten industriellen Aufschwunges so gern die Rolle des in die Erde geschobenen Stiegmüchters zuweist, wieder einmal in ihrer vollen Bedeutung erkennen. Sogar — die Deutsche Arbeitgeberzeitung nimmt Veranlassung, auf dieses Moment hinzuweisen. Sie tut das in ihrer bekannten schwülstigen Art, indem sie einen bezüglichen Artikel mit folgenden Worten einleitet: „Auf den Feldern reift das Korn. Es naht die Ernte, die uns das tägliche Brot beschert. Getreide, Kohle und Eisen, Baumwolle und Erbsen sind wichtige und unentbehrliche Güter. Ihre Gewinnung und Verarbeitung beherrschen einen großen Teil des Weltmarktes, aber das wichtigste der Weltgüter bleibt immer die Bodenfrucht. Man kann ein begeisterter Industriemensch sein, man kann sich hoch erhaben fühlen über jeden Verbauch agrarischer Umwandlungen, man kann — und sollten wir es nicht aus voller Ueberzeugung tun? — den Leistungen und der Bedeutung des Getreidebauers die aufrichtigste Bewunderung entgegenbringen, und man wird doch zugeben müssen, daß von den materiellen Lebensbedürfnissen das wichtigste sich um das Brot dreht, das Brot, das die Sprache mit so feinem Instinkt zum Symbol des ganzen Einkommens gemacht hat, denn wer sein Einkommen hat, der hat „sein Brot“. Das gilt vom Einzelnen wie von den Völkern. In den zehntausend Jahren menschlicher Geschichte ist Unendliches geleistet worden, aber wie die Kultur begann, als der Mensch das erste Mal zu Pflug und Sichel griff, so sind auch heute noch letzten Endes Kultur und Wohlstand an jene zarte, goldene Aehre gebunden und das Kornfeld ist schließlich das Arbeitsfeld, das Geld, in das die Wurzeln aller Wohlfaht und Befriedigung hinabstrecken.“

Wie praktisch und verständlich faßt die „Völk. Volksz.“ die Sache an, indem sie darauf hinweist, daß drei Hauptumstände im vergangenen Jahre die Aufwärtsbewegung im Erwerbseben zu Ende geführt und den Niedergang veranlaßt haben, an welchem wir nunmehr leiden; es waren die Teuerung des Geldes (sehr verschärft durch den Crash in Nordamerika), die Teuerung gewerblicher Rohstoffe (welche sich stets in guten Zeiten mehr oder weniger eingestellt) und die Teuerung der Lebensmittel. Insbesondere waren die Getreidepreise und infolgedessen auch die Brotpreise gestiegen, weil die Getreideernte des Jahres 1907 auf der ganzen nördlichen Halbkugel der Erde ungünstig zu werden drohte und dann auch wirklich erheblich kleiner ausfiel, als im Vorjahre. Manche Gebiete, von welchen das volkreiche Westeuropa sonst Brotschutz erhält, kamen infolgedessen während der Geschäftszeit 1907/08 viel weniger als sonst, oder gar nicht als Bezugsländer in Betracht, so Rußland und die Balkanländer. Andere brachten im Hinblick auf die hohen Preise nahezu das letzte Korn auf den Markt, so Nordamerika. Infolgedessen sind die Vorräte von Getreide jetzt allerwärts verhältnismäßig sehr klein, die Preise aber immer noch hoch, wenn sie auch im Hinblick auf die zu erwartende neue Ernte einen guten Teil des vorjährigen Aufschwungs wieder eingebüßt haben.

Im vorigen Jahre hat die Teuerung des Getreides unbedeutend den Umschwung im Erwerbseben mildernd gesiegt. Und jetzt? Nicht das Herabfallen der Getreidepreise um 3 1/2 Proz. (wie in Deutschland), ja um 4 1/2 Proz. (wie in England) vermochte bisher der großgewerblichen Tätigkeit, dem Baugeschäft und dem Unternehmertum wirkliche Anregung zu geben. Auch das neue Vorwärtsgel in Deutschland hat bisher die Hoffnungen der Unternehmer in keiner Weise erfüllt. Ein Hoffnungsstreik aber leuchtet gegenwärtig der ganzen Geschäftswelt, leider nur ein einziger — wenn man von gewisser Beruhigung bezüglich der politischen Lage abläßt. Der durchschnittlich gute Stand unserer heimischen Selbstkräfte ist es, auf welchen jetzt die Hoffnungen — zugleich der Zukunft gründen. Und wenn man erzent darüber ist, daß gleichzeitig aus Nordamerika etwas hoffnungsvollere Nachrichten kommen, so bestärkt diese zuverlässigere Stimmung in den Vereinigten Staaten ebenfalls auf nichts anderes auf, als auf die günstigen Aussichten bezüglich der dortigen Ernte. Von allen Handelsblättern jeglicher Richtung wird dieses gemeldet und erläutert. Nur verweilt man es meistens zu sagen, was denn durch diese Rücksichtnahme auf den Stand der Feder, auf die Getreidepreise usw. geht, bzw. bestätigt wird.

Gute Ernten gehören nun einmal mit zu den stärksten Tragböden der wirtschaftlichen Lage am Weltmarkt. Hohe Getreidepreise vermindern die Kaufkraft, können den Geldwert verteuern und wirken sehr fördernd auf Handel und Gewerbe. Gelehrte der Volkswirtschaft pflegen heutzutage sogar zu sagen, der Preis der Lebensmittel müsse bei der Berechnung der Selbstkosten eines großgewerblichen Betriebes in gewissem Grade mitberücksichtigt werden. Bereuerung der Nahrungsmittel habe nämlich der Brotherr der gewerblichen Arbeiter mitzuführen, weil er diesen entsprechend höhere Entlohnung bieten müsse. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, wie gegenwärtig, werden allerdings fast dessen die Arbeiter viel von ihrer Bedürfnisse mehr empfinden müssen. Solche Erwägungen zeigen jedoch wie sehr das Gedächtnis des Erwerbers davon abhängig ist, daß die große Masse der Bevölkerung möglichst unabhängig ist. Dazu gehört aber unbedingt auch guter Ertrag des Ackerbaues. Freilich haben wir noch vor etwa einem Jahr die Zustände unserer Väter, des Ertrages der heimischen Landwirtschaft sei für Deutschlands Wohlstand un-

wichtig. „Wenn nur unser Großgewerbe blüht“, so sagte man, „wenn wir nur guten Absatz nach dem Auslande haben und auf solche Weise Geld in die Hand bekommen, dann können wir uns ja alles kaufen.“ Das Unrichtige und Gefährliche solcher Anschauungen ist aber selbst durch die wirtschaftlichen Ereignisse von neuem schlagend bewiesen worden.

Schon oben wurde bemerkt, daß die Selbstlosigkeit in Deutschland eine erheblich größere geworden. Ja, einige Berichte kamen gar zu dem Resultat, daß sich die früher zu große Geldnachfrage zuletzt in zu großes Gebot umgewandelt habe. Man sollte aber hier nicht vergessen, daß noch eine ganze Anzahl von Geldanleihen zu gewärtigen und zu befristigen sind. Die „Frankf. Zeitung“ benützt die Gelegenheit, um auf die Unzulänglichkeit der Kreditverhältnisse der deutschen Städte und der Art ihrer Befriedigung hinzuweisen. Gewaltig seien in den letzten Jahrzehnten die Aufgaben der deutschen Städte geworden; der Municipalsozialismus hat auf seinem Siegeszuge einen immer größeren Kreis von Tätigkeiten der privaten Ausübung entzogen und sie der Leitung der Gemeinden zugeführt: Gas- und Wasserwerke, Elektrizitäts-Anlagen und Straßenbahnen sind immer mehr von den Kommunen übernommen worden, und große neue Aufgaben, vor allem auf dem Gebiete des Wohnungswezens, stehen ihnen noch bevor. Das alles kostet natürlich Geld, Geld und nochmals Geld. Meistige Beträge von Städten - Anleihen sind infolgedessen auf den Markt gebracht worden, mehrere Milliarden davon sind jetzt bereits im Umlauf, und die kommenden Jahre werden ganz zweifellos weitere starken Zuwachs bringen. Gewiß ein triftiger Anlaß, daß die Vertreter der deutschen Städte sich einmal die Frage vorlegen, welche Grundsätze zu gelten hätten, damit diese Schuldvermehrung nicht in unsozialer und unwirtschaftlicher Weise gehandhabt werde, und vor allem, welche neuen Wege man einschlagen könnte, um die Unterbringung dieser Schulden künftig besser als bisher zu organisieren. Denn der Weg, auf dem dies jetzt geschieht, ist für alle Teile so unbefriedigend wie möglich. Jede, auch die kleinste Stadt bringt jetzt ihre besondere Anleihe heraus, und zwar nicht nur eine einzige, sondern bei jeder Emission einen neuen Typus, mit anderem Zinsfuß, mit anderen Zinsterminen, mit überten Tilgungsvorschriften als die vorangegangenen; allein der Berliner Kreditzettel verzeichnete bereits im vorigen Jahre die Anleihen von 132 Städten mit 346 Einzelanleihen! Die Folge dieser Zersplitterung ist, daß die Stadtanleihen sich im allgemeinen nur sehr mäßiger Beliebtheit erfreuen: der Bankier kann die übernommenen Anleihen oft nur mit Mühe absetzen, der Kapitalist vermag sie, wenn er Geld braucht, häufig nur schwer und mit Verlust wieder zu verkaufen, und deshalb haben die Stadtanleihen einen wenig günstigen Kurs, müssen sich namentlich die kleineren Städte oft recht drückenden Bedingungen unterwerfen. Es ist darum schon vor langen Jahren, zuerst wohl durch Jastrow, der Gedanke angeregt worden, die jetzige vererbte Zersplitterung der Stadtanleihen zu beheben und in irgend einer Form ein Zentralinstitut zu schaffen, das durch die Vereinigung der Städte deren Kredit heben und erleichtern könnte. Und dieser Plan ist auch jetzt wieder auf dem Städtetage von dem Referenten in einordnender und eindringlicher Weise befürwortet worden. Aber natürlich ist er nicht so einfach in die Praxis umzusetzen; erhebliche Schwierigkeiten, auch der Unterschied in der Lage der Großstädte und der kleineren Gemeinden spielt dabei eine Rolle, würden zweifellos erst zu überwinden sein. Nur wird der Vorstand des Städtetages, dem jetzt die Bearbeitung der Frage überwiesen wurde, sich mit der rein negativen Kritik auf die Dauer nicht begnügen dürfen, sondern in der einen oder anderen Weise schließlich doch auf Verbesserungsvorschläge stimmen müssen. Denn ewig wird ja, im eigensten Interesse der Städte und der von ihnen zu erfüllenden Aufgaben, das Wort Miquels nicht zu Recht bestehen bleiben dürfen, das er bereits vor 35 Jahren im Reichstage aussprach, daß nämlich „kein so fortgeschrittenes Land eine so jämmerliche und erbärmliche Organisation des Kommunalkredits hat wie Deutschland“.

## Rundschau.

„Berliner“ Charakterlosigkeit. Auf der Ferdinand-Grube in Königshütte wurden 11 Arbeiter wegen ihrer Ablehnung bei der Landtagswahl gemahnt. Die Gemahregelten forderten nun von ihren Organisationsstellen, daß sie sich für die Wieder-einstellung verwenden sollten. Ueber die Rolle, die dabei „Sitz Berlin“ spielte, schreibt die „Reißer Zeitung“:

„Der Sitz Berlin und die Ferdinand-Grube. Zur Mitteilung der „Königshütter Volksz.“, auf die Vermittlung des Arbeiterssekretärs Knappit von Sitz Berlin habe der Bergwerksdirektor Edelmann von der Ferdinand-Grube zu erlauben gegeben, daß er nicht abgeneigt sei, die entlassenen elf Arbeiter wieder einzustellen, erklärt die „Königshütter Volksz.“:

„Diese Nachricht ist unrichtig. Direktor Edelmann hat zwar den Sekretär Knappit empfangen, die ihm unterstellte Anweisung aber nicht getan. In den Akten der Ferdinand-Grube befindet sich folgende Notiz:

„Herr Knappit erklärte, der Berliner Verband, bzw. sein Sekretär seien bemüht, den drohenden Streik zu verhindern. Er biete um Auskunft, ob es der Verwaltung nicht möglich sei, wenigstens die ältesten der entlassenen elf Arbeiter wieder anzunehmen. Antwort: Ich wolle ihm glauben, daß er in guter Absicht komme, könne aber zur Sache nicht mit ihm verhandeln, da er, bzw. der Berliner Verband nicht befragt zur Vertretung unserer Belegschaft sei. Im übrigen liege mit eine Eingabe mehrerer Arbeiter vor, deren eine Antwort noch zugehen werde. Edelmann. 10. 7. 08.“

Diese Antwort wird heute erteilt und zwar in ablehnendem Sinne.“

Der Sitz Berlin war gerade im Begriff, den neuesten Sieg der Savignynischen Philosophie gegen seine Widersacher mit dem üblichen Tamtam gehörig auszumachen, als dieser Schlag niederging. Der Leitung der Ferdinand-Grube gilt der Sitz Berlin ebensowenig, wie der Verein zur gegenseitigen Hilfe: gar nichts! Und wenn er sich noch so sehr verdammt und wenn er noch so sehr kriecht! Am 12. Juli hat er auf einer Versammlung in Bogusichütz folgende Resolution beschlossen:

„Die im Verbands der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, organisierten Bergarbeiter der Ferdinand-Grube halten trotz aller Quertreibereien seitens der unserer katholischen Sozialen Bewegung feindlich gestimmten Presse und Arbeiter-Organisationen seit an der am 5. d. M. angenommenen Resolution, wonach sie wegen der auf Ferdinand-Grube angeleglich der letzten Landtagswahl entlassenen Arbeiter die Arbeit nicht niederlegen werden. Sie betrachten die Arbeiterfrage vom christlichen Standpunkt aus nicht als eine Nachfrage, welche durch brutale Gewalt gelöst, sondern als eine natürliche Rechtsfrage, die nur im Rahmen der bestehenden Gesetze erfolgreich geregelt werden kann. Deshalb verwerfen sie den ihnen von anderer Seite so warm empfohlenen Streik und protestieren ganz energisch gegen die im Organ des polnischen Vereins zur gegenseitigen Hilfe „Przemna pomoc“ Nr. 27 vom 10. d. M. gebrachten Behauptungen.“

Der Sitz Berlin hat die Güte, den Herrn Pfr. Skowronek und die gesamte Zentrumspresse dahin zu beschreiben, daß die Entlassung der Arbeiter auf der Ferdinand-Grube nicht wegen der Bohler erfolgt ist, sie ja nur „ausgeschieden“ wegen der

Wahlen erfolgt! Ganz wie die „Schles. Bzg.“ (eines der Scharfmacherblätter), welche sich deshalb von der „Königshütter Volksz.“ die doch auf den Sitz Berlin wirklich eingeschrieben eine scharfe Zurückweisung gefallen lassen muß!

Wir registrieren das! In den politischen Meinungen haben wir uns nicht einzulassen. Aber zeigt das nicht geradezu erschreckende Charakterlosigkeit, ja Hundsbilligkeit dieser angeblichen Arbeitervertreter? Die Schamlosigkeit eines ins Gesicht, wenn angeht, solch brutaler Schroam der Verrat der Betroffenen mit der „natürlichen“ Rechte die nur im Rahmen der bestehenden Gesetze erfolgreich werden kann, zugebedt und verbunkelt werden soll. Im Namen des Christentums, kann es eine ärgere Mißhandlung des Christentums geben?

Entschuldigungsgründe, die recht sonderbar ammut darum nicht überzeugender klingen, gibt die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände für die Verweigerung jeglicher Kunst an das Kaiserliche Statistische Amt an. Die Hauptstelle schreibt der „Sozialen Praxis“, daß sie die geringsten Bedenken habe, die Gründe mitzuteilen, warum von der Veröffentlichung der inneren Verhältnisse der Arbeitgeberverbände (ihre Mitgliederzahl, die Lohnsummen, die Einnahme und gesammelten Vermögen) absehe.

„Nicht die Auffassung, daß die Veröffentlichungen nur im Interesse der Arbeiterorganisationen erfolgen, nicht die unzutreffende Annahme, daß die Hauptstellen ihren Mitglieder- und Finanzverhältnissen hinter den Schleier des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zurückstecken, was die Entscheidung der Hauptstelle maßgebend, sondern die Überzeugung, daß ein wesentlicher Teil unserer Mitglieder aus Gründen, die durch die lokalen und sachlichen Verhältnisse gerechtfertigt sind, eine Veröffentlichung über ihre Verhältnisse nicht für wünschenswert erachtet. Dieses der Selbstbestimmung wird man doch wohl den Recht zugeben müssen. Ihre Auffassung, daß für jeden Verein Pflicht der öffentlichen Berichterstattung bestehe, wird bei näherer Prüfung wohl ebensowenig aufrechterhalten wie die anschließende von Ihnen vertretene Ansicht, daß Arbeitgeberverbände, soweit sie eingetragene Vereine nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch außer einer Versteinerung über die Zahl ihrer Mitglieder noch andere Angaben über ihre inneren Verhältnisse mitteilen müssen.“

Die „Soziale Praxis“ bemerkt dazu: Selbstverständlich kennen wir das Recht der Arbeitgeberverbände, ihre Angelegenheiten geheim zu halten, unumwunden an. Aber reklamieren für uns und andere Leute ebenfalls das diese Geheim vor der Öffentlichkeit behauerlich und nicht zu finden und immer wieder auf den Gegenstand hinzuweisen, der darin besteht, daß die Organisationen der Arbeiter, Lungengehilfen und technischen Angehörigen mit größter Willigkeit dem Kaiserlich Statistischen Amt die gewünschten Angaben liefern, während die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände sich in ablehnendes Schweigen hüllt.

Unzufriedenheit im sozialdemokratischen Dachverband. Wir entnehmen dem „Vorwärts“: Die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages beschäftigte den Verband der Dachbeder, Verwaltungsstelle Berlin, in einer Sammlungs, die am Mittwochabend (1. Juli) im Verbands Weinstube, stattfand. Die Stimmale Leipzig erklärte sich den Beschlüssen der Mannheimer Tagung nicht einverstanden und verlangte die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages. Die Beschlüsse werden als bevormundend die Freiheit der Mitglieder beschneidend bezeichnet, auch man gegenwärtig von einer Erhöhung der Beiträge nur wissen. Hamburg und Düsseldorf unterstützten den Leipziger Antrag und daher mußte er zur Urabstimmung gebracht werden. Der Leipziger Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Zentralvorstand wendet sich in hestiger Weise gegen Leipziger Antrag, der auch vom Gauvorstand kämpft wird. Schließlich wurde der Antrag Leipzig von der Versammlung angenommen. Der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages wurde zugestimmt mit 74 gegen 48 Stimmen. Ferner gelangte eine Resolution mit 51 gegen 40 Stimmen zur Annahme, durch welche dem Zentralvorstand eine Mißbilligung über die abweichende Art, wie der Leipziger Antrag behandelt wurde, ausgesprochen wird.

Ob der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Dachverbandes sich dem fügen wird, dürfte immerhin fraglich sein.

Der Doul von Hause de Wendel. Wir entnehmen der „Königshütter Volkszeitung“ aus Gayningen in Lothringen: Der Steiger L. war 44 Jahre im Dienste der Fabrik Wendel tätig und ist seit kurzem pensioniert. Er hat seit langen Jahren eine Dienstwohnung der Firma de Wendel inne, die ihm auch belassen blieb, als er in den verdienten Ruhestand trat. Ein Sekretär des Gewerkschaftlichen Bergleute, ein Verwandter des Steigers L., vor kurzem wegen Familienangelegenheiten mit L. zu sprechen und betrat auf Einladung des Steigers L. dessen Dienstwohnung. Die Folge davon war, daß anderen Tags Steiger L. die Dienstwohnung gekündigt wurde, Kommentar überflüssig.

Das Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen gegenüber den Privatbeamten zeitigt nunmehr seine ersten Früchte. Von der Tagespresse gebrachte Mitteilung, wonach die Maschinenfabrik Augsburg (der Herr der selben) ihren organisierten Beamten 500 M Vergütung versprochen habe, sobald sie der Organisation austreten würden, bewahrheitet sich. Es ist festgestellt worden, von der dortigen Ortsfiliale, daß an Beamte die Aufforderung erging, ihre Organisation zu verlassen, wozu ihnen eine Vergütung ihrer im Laufe der Jahre an die Organisation gezahlten Beiträge bis zur Höhe 500 M gewährt werden sollte. Von den acht Organisierten einer sofort seine Stellung gekündigt, während zwei dem langen nachkamen. Der eine erhielt 480 M für seinen Anteil, der andere 180 M. Wie die übrigen fünf sich verhalten haben, ist bisher noch nicht ermittelt worden. Den Führern der Organisation soll bisher noch nicht gekündigt worden, jedoch ist deren Kündigung für den nächsten Kündigungstermin zum ersten Oktober angedroht worden. Ferner sind alle organisierten unterrichtet worden, daß sie weder Aufbesserung und Gratifikationen, noch Urlaub erhalten werden. So führte die Direktion noch eine Komödie auf. Auf eine graphische Anfrage des Hauptvorstandes des Bundes technischer Industrieller Beamten an die Direktion der Augsburger Maschinenfabrik, ob es sich mit den 500 M befristete, erging Antwort: „Kommerzienrat Buz vertritt; Zeitungsnachricht falsch.“ Da diese Antwort dem Bundesvorstand nicht genügt richtete er noch ein Schreiben an die Direktion. Darauf hielt er keine Antwort mehr. Die bayerischen Privatbeamten kommen die „gelbe“ Rute zu spüren.

Ausländische Arbeiter im Tiefbaugewerbe. Die Regierung hat bekanntlich Bestimmungen erlassen, um zugunsten der Wirtschaft die Beschäftigung von Ausländern in der Industrie zu erschweren. Daraufhin hat der Verband deutscher Tief-

Unternehmer eine Eingabe an die zuständigen Ministerien geht und um Aufhebung der betr. Bestimmungen für den Tiefbau erwirkt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat auf die Eingabe jetzt geantwortet, daß eine Revision der einschlägigen Bestimmungen erfolgt sei, die dem Wunsche der Tiefbauunternehmer Rechnung trägt. Die Gehaltsbestimmungen werden im Bestreben der Tiefbauunternehmer, ihren Arbeiterbedarf aus dem Auslande zu ergänzen, ihre Unterstützung leisten. Die Wünsche der Tiefbauunternehmer sind somit erfüllt und werden auch künftig die Ausländer den deutschen Arbeitern vorziehen. Wir können doch nicht glauben, daß die Eingabe wegen Mangel an Arbeitskräften erfolgt ist.

**Wirtschaftliche Bewegung.** Der Staatssekretär des Inneren Bethmann-Hollweg richtete an den Deutschen Handelskongress in den Zentralverband deutscher Industrieller folgendes Schreiben:

Das Einkommen der im Privatdienste Beschäftigten Personen wie dasjenige der Arbeiter unterliegt nach dem Gesetze betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes vom 21. Juni 1869 in seiner jetzigen Fassung, insoweit der Gesamtbetrag die Summe von 1500 M für das Jahr übersteigt, unbeschränkt der Pfändung. Diese Regelung wird neuerdings zufolge einer Agitation, welche von dem Deutschen Bankbeamtenverein und andern Privatbeamtenvereinen eingeleitet worden ist, als nicht mehr zeitgemäß angefochten. Von den Vereinen wird namentlich eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen nach der Richtung verlangt, daß die Privatbeamten in betreff der Pfändungsbeschränkungen den öffentlichen Beamten gleichgestellt werden. Eine völlige Gleichstellung kann nicht in Frage kommen, dagegen erscheint es erwägenswert, ob etwa mit Rücksicht darauf, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich inzwischen wesentlich geändert haben, die Grenze des pfändbaren Einkommens für Beamte und Arbeiter gleichmäßig zu erhöhen wäre. Wegen einer derartigen Maßnahme ist geltend gemacht worden, daß sie leicht eine ungünstige Wirkung auf den persönlichen Kredit in den beteiligten Kreisen ausüben könne, daß aber auch abgesehen hiervon die zurzeit bestehende Grenze der Lohnbeschlagnahme für die große Zahl der unverheirateten Arbeiter, Handlungsgehilfen und sonstigen Privatangestellten noch heute als ausreichend anzusehen sei. Ferner sei zu betonen, daß die Schwierigkeiten, welche einer erfolgreichen Geltendmachung berechtigter Forderungen der Kaufleute, Handwerker und Arbeitgeber entgegenstehen, noch vergrößert würden. Disher liegen zu der Frage nur Äußerungen aus den Kreisen der Angestellten vor. Dagegen haben sich, soweit bekannt, die Verbände der Arbeitgeber und die Vertretungen des Gewerbes und Handelsstandes, die ebenfalls an der Frage ein erhebliches Interesse haben, zur Sache noch nicht geäußert. Für die weitere Entscheidung würde es jedoch von großem Werte sein, auch über die Anschauungen, die in diesen Kreisen herrschen, und über die Erfahrungen, die man dort in bezug auf die Wirkung der geltenden Vorschriften auf die Verhältnisse der Angestellten gemacht hat, näher unterrichtet zu werden. Ich würde daher für eine gutachtliche Äußerung hierüber dankbar sein.

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Zugzug fernhalten: Weissenburg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Rheinfeld und Westfalen (Lehrlinge), Saargau, Württemberg, Godesberg a. Rh., Sperre über die Firma Westen, Dortmund, Sperre über die Firma Maurer wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Bergisch-Gladbach (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Dillingen-Saar, Sperre über die Firma L. W. Witt (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Dortmund (Stukkateure), gesperrt über die Geschäfte Eduard Höbe, August Lang, Gebirgler Ludwig, Schmidt und Mohr, Ratingen, Sperre über die Firma Schmid, Münster, Sperre über Zimmerplatz Gebhardt, Benrather bei Hülshof, Sperre über die Firma Jensen, Burghausen und Salzgah, Streit der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.

**Bezirk Göttingen.**

**Dortmund.** Wie die Dortmunder Polizei sich der Unternehmer annimmt, zeigt folgender Fall. Die Firma Rudolf Leifner ist seit drei Wochen gesperrt, und zwar weil Leifner ein Maurer 50 Pf. pro Stunde und den Bauhilfsarbeitern 33 Pf. 20 Pf. pro Stunde zahlt. Der tarifliche Lohn beträgt schon seit 38 Jahren für Maurer 55 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 45 Pf. Es wurde am 17. Juni d. J. eine Baubesprechung von den in Frage kommenden Organisationen abgehalten und einstimmig beschlossen, Herrn Leifner ein Schreiben zu zustellen, in dem die Innehaltung des Tarifs. Herr Leifner kam uns aber zuvor. Am anderen Tage entließ er vier verheiratete Kollegen und am folgenden Tage noch drei weitere Kollegen. Durch diese Maßregelung wollte dieser Herr die übrigen Kollegen einschüchtern. Damit hatte er jedoch kein Glück; denn am anderen Tage forderten sämtliche Kollegen ihre Papiere oder den tariflichen Lohn. Da er sich weigerte, wurde die Sperre über ihn verhängt. Es wurde nun ein gemeinschaftliches Schreiben an Herrn Leifner geschickt und ein neuer Tarif mit dem Bemerken, daß wir zu jeder Zeit zu Verhandlungen bereit seien. Darauf ging uns folgende Antwort zu:

Dortmund, den 26. Juni 1908.  
Zentralverband Christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, Verwaltungsstelle Dortmund.

Ich erhielt Ihr Schreiben vom 22. d. M. und bemerke ich dazu, daß ich absolut nicht vorhabe, meine Bauten durch Mitglieder Ihres Verbandes und des Zentralverbandes und Baugehilfen auszuführen, sondern nur durch meine eigenen Bauhilfsarbeiter ausführen zu lassen, im Gegenteil will ich zu diesen Bauten nur nichtorganisierte Maurer und Bauarbeiter aus besonderen Gründen zulassen. Auf diese Weise hätten Sie und Ihre Mitglieder keinerlei Grund und Interessen, welche mit meinen in irgendeinem Zusammenhang stehen, aber auch nicht das Recht, mich, wie dieses geschieht, durch Bedrohung mit Lebensgefahr der bei mir tätigen nichtorganisierten Arbeiter vor meiner Baustelle und meinen Beschäftigten zu beunruhigen und mich in meinem Gewerbe zu schädigen, und ich habe mich in diesem Sinne um Schutz unter Aufsicht der hiesigen Polizei, Kreis Dortmund, gewandt. Ich werde jeden weiteren Fall der Bedrohung unmissverständlich der Polizeibehörde zur Kenntnis bringen und die Bestrafung der Täter verlangen.

Hochachtungsvoll  
Rudolf Leifner.

Seit dieser Zeit kann man jeden Morgen und jeden Abend bewaffnete Mächte vor der betreffenden Baustelle finden. Mäntel und zu Fuß, obwohl weder Belästigungen noch Bedrohungen, wie Herr Leifner schreibt, stattgefunden haben. Die Polizei geht aber noch weiter! Geht jemand in der hiesigen Straße, die nach vorne geht, von wo man an die Baustelle gelangen kann, wird er ohne weiteres aufgefordert, sich zu entfernen. Angeblich wegen der vorgekommenen Bedrohung. Manlangt man Beweise, dann wird einfach geantwortet, daß man keine schriftlichen Beweise und wenn Sie nicht wollen, dann werden wir schon andere Maßnahmen ergreifen. Drei Wochen über dieser Bau nun schon von der Polizei bewacht, aber Verhandlungen hat sie noch nicht festgestellt können. Das kann Herr Leifner nur auf seinem Bureau. Zu bebauern ist, daß die Polizei nur auf tarifbeschäftigten Unternehmern, der den Lohn drückt, ungenügsamerweise zur Verfügung gestellt wird. Dagegen muß

der Steuerzahler protestieren; die Polizei hätte Arbeit genug, wenn sie sich mal die Reibauten in Dortmund ansehen tät, wo die Abdeckung und die Schutzvorrichtungen fehlen. Aber da bemerken wir überhaupt nichts, nur wenn irgendwo ein Streit ausbricht, da ist die Polizei hinterher und paßt auf, als ob es sich um die schlimmsten Verbrecher handelte. Wir werden aber Herrn Leifner zeigen, daß wir uns unser Koalitionsrecht weder von ihm noch von der Polizei nehmen lassen. Und wenn die Zahl der Schutzleute so verstärkt wird, daß man vor lauter Schutzleuten den Bau nicht sehen kann, wird Herr Leifner wohl oder übel bald zur Ueberzeugung kommen, daß auch er wie die übrigen Bauunternehmer den Tarif anerkennen muß. Unseren Kollegen rufen wir zu, meidet so lange die Firma, bis sie zur Einsicht gekommen ist und den Tarif und die Organisation anerkannt hat.

**Dortmund.** (Stukkateure.) Vor kurzem konnten wir berichten, daß der Schiedsspruch, der in unserem Gewerbe gefällt wurde, von seiten der Arbeitnehmer angenommen worden sei. Seitens der Arbeitgeber wurde derselbe jedoch rundweg abgelehnt. Sie glaubten jetzt das erreicht zu haben, wonach sie so lange getrachtet hatten, nämlich eine tariflose Zeit, wo sie alsdann die Löhne beliebig und nach eigenem Ermessen festsetzen könnten. Dies Vorhaben ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Der Unternehmer Ludwig war der erste, der die 10stündige Arbeitszeit wieder einführen wollte, was ihm auch bei einem Teil seiner Arbeiter gelang. Dieser Erfolg ließ die anderen nicht ruhen. Der Unternehmer Eduard Höbe ging vor und reduzierte die Löhne teilweise bis zu 6 1/2 Pf. pro Stunde. Die Neueingestellten erhielten 63 Pf. Stundenlohn. Als am andern Morgen Herrn Höbe Margelegt wurde, daß dieses Verfahren nicht angängig sei, betonte derselbe Herr, er sei ein ehrlicher Mann und befolge die Beschlüsse der Meistervereinigung. Die Folge war, daß sämtliche Kollegen bei dem „ehelichen Manne“ die Arbeit einmütig niederlegten. In der nun folgenden Versammlung wurde nun auch die Sperre über diejenigen Geschäfte verhängt, welche den Lohn reduziert hatten. Als Antwort hierauf sperrte jetzt die Meistervereinigung sämtliche organisierte Kollegen aus, in der Hoffnung, es würden sich hier und da einige finden, welche der Organisation Absehn würden, aber es fanden sich keine. Die Arbeitnehmer sahen sich vielmehr veranlaßt, denjenigen indifferenten Meistern, welche den neuen Tarif nicht anerkannten, ebenfalls die Leute zu entziehen, so daß wir am Platze einen regelrechten Streik zu verzeichnen haben. Man glaubt uns nun ins Wodshorn jagen zu können, indem man damit droht, die Aussperrung auf das ganze Industriegebiet auszudehnen zu wollen. Das reizt uns nicht, wir sehen den kommenden Ereignissen mit Ruhe entgegen, denn wir kämpfen um unser gutes Recht. Einige Arbeitswillige haben wir zu verzeichnen; es sind dies einige sogenannte „Meister“ aus der Umgegend, welche hier halbtägige Arbeiten mit ihrem werten Namen beden. So ist da ein „Meister“ Heiland aus Wambel, ein Junge von 19 Jahren. In gewöhnlichen Zeiten könnte derselbe bei Herrn Höbe keine 50 Pf. verdienen. Jetzt bekommt er ganze Bauten übertragen. Er infiziert im Arbeitsmarkt und macht auf Kosten von Höbe Reisen, um Leute heranzuziehen, was allerdings schlecht gelingen will. Er spielt, mit einem Wort gesagt, Streikbrecheragent. Sobann ist da noch ein „Zimmungsmeister“ Schäfer von Unna. Derselbe hat dort keine Arbeit und kommt deshalb mit einer Sturmkolonne hierher und macht halbfertige Arbeit fertig. Er hat die Arbeit vom Architekten übernommen, aber Höbe bezahlt ihn. Als dritter kommt Föschke von Hörbe in Betracht. Er hat in Hörbe abgewirtschaftet und sucht sich jetzt in Dortmund auf unsere Kosten einzuführen, und ist deswegen sofort gesperrt worden. Besonders ist darauf hinzuwirken, daß jedweder Zugang ferngehalten wird.

**Bezirk Frankfurt a. M.**

**Montabaur.** (Bauhandw.) Als voriges Jahr im Spätsommer in Niederelbert, einem Dorf mit etwa 500 Einwohnern und eine Stunde von Montabaur entfernt, unsere dort organisierten Kollegen mit ihren Arbeitgebern einen Vertrag schlossen, nach welchem die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und 36 Pf. Stundenlohn in diesem Jahre gezahlt werden, nebst den anderen üblichen Vertragsbestimmungen, was eine bedeutende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Niederelbter Kollegen bedeutete, sahen es die Kollegen von Montabaur endlich ein, daß es notwendig ist, sich ebenfalls zu organisieren, wenn sie nicht mit ihren Arbeitsbedingungen weit hinter denen der auf dem Lande arbeitenden Kollegen zurückbleiben wollten. Der Zentralverband der Maurer hatte in Montabaur mehrere Jahre hindurch eine Ortsgruppe, die besonders von den noch heute in Niederelbert (etwa 20 Mann) sozialdemokratisch organisierten Maurern bearbeitet und zu halten versucht wurde. Die Kollegen von Montabaur sahen aber den Schwindel ein, der mit ihnen getrieben werden sollte. Alle freiwilligen Bier Spenden seitens des sozialdemokratischen Maurerverbandes vermochten nicht die Kollegen zu halten, weil sie einsahen, wohin die Fahrt führen sollte: zur Sozialdemokratie. Sie traten aus diesem Verbande wieder aus und ließen sich insolge der bösen Erfahrung, die sie mit dem „unpolitisch und religiösneutral“ sein wollenen Zentralverband der Maurer gemacht hatten, schwer bewegen, unserem Verbande beizutreten. Sie beschränkten, es könnte dieser, der sozialdemokratische Verband, jetzt unter der Maske eines christlichen Verbandes seine sozialdemokratische Erziehungskunst fortsetzen. Wie schon bemerkt, gelang es uns nach dem Niederelbter Vertragsabschluss die Bedenken der Kollegen zu zerstreuen. Ende September vorigen Jahres fand denn auch die erste Versammlung in Montabaur statt, in welcher sich sofort 17 Kollegen aufnehmen ließen, und in den darauf folgenden Versammlungen mehr und mehr Kollegen beitraten. Das Bestreben der Kollegen ging allein dahin, ohne daß ihre politische und religiöse Ueberzeugung verlegt wird, bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Diesem Streben folgend, wurde beschlossen, im Dezember v. J. den Arbeitgebern Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und Lohnerhöhung zu unterbreiten, was denn auch in demselben Monat noch schriftlich geschehen ist. Inzwischen organisierten sich auch die Herren Arbeitgeber im „Unterwesermäcker Arbeitgeber-Verein“, an dessen Spitze der Herr Maurermeister Ehl in Hör steht. Auf die gestellten Forderungen wurde seitens des Vorstandes genannten Arbeitgeber-Vereins im März d. J. geantwortet, daß man mit der Verkürzung der Arbeitszeit einverstanden ist und ein Vertrag auf zwei Jahre zu schließen bereit sei, an eine Lohnerhöhung aber nicht gedacht werden könnte. Einer Aufforderung unsererseits, doch wenigstens zu verhandeln, wurde uns nicht einmal mehr geantwortet. Die Sache blieb ruhen, bis die Konjunktur eine bessere wurde, denn bis dahin war eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit. Am 4. Juli richtete im Auftrage der Kollegen die Bezirksleitung an die Unternehmer in Montabaur die Aufforderung, bis zum 12. Juli cr. zu unterhandeln, wenn nicht der Friede ernstlich gefährdet werden sollte. Dieser Aufforderung kamen die Unternehmer von Montabaur mit ihrem Vorsitzenden Herrn Ehl an der Spitze am 10. Juli nach und wurde folgendes Abkommen getroffen:

Montabaur, den 10. Juli 1908.

Unterzeichnete erklären hiermit: Der ortsbüchliche Stundenlohn beträgt vom 13. Juli 1908 bis 1. April 1909 für Maurer 38 Pf., für Bauhilfsarbeiter 30 Pf. Für Junggesellen und für insolge ihres Alters oder Invalidität oder sonst nicht voll leistungsfähige Gesellen kann ein geringerer Lohn vereinbart werden. Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden und zwar von morgens 6 1/2 bis abends 6 1/2 Uhr, einschließlich von 3 Stunden Pause, Frühstück von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Mittag von 12-1 Uhr und Besser von 3 1/2-4 Uhr.

Der jedesmalige Beginn und Schluß der Arbeitszeit muß pünktlich erfolgen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes erklärt, daß der Vorstand bemüht sein wird, daß am Anfang des nächsten Jahres ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird.

Nordert Burg. Joseph Keuting.

Der Lohn steigt demnach für Gesellen von 34-35 Pf. auf 38 Pf. Der für Arbeiter von 20-25 auf 30 Pf. Dieses alles nur allein durch die Organisation, der die Kollegen noch nicht mal ein Jahr angehören. Die Kollegen können aus allem diesem ersehen, was durch geschlossenes und besonnenes Vorgehen zu Guten erreicht werden kann. Und besonders wertvoll ist, daß diese Lohnbewegung im Frieden beendet wurde. Wo sind aber die Zimmerleute, so muß man fragen? Diese sind unorganisiert und arbeiten bei 11 Stunden zu den alten Löhnen weiter.

**Bezirk Köln.**

**Berg-Gladbach, 18. Juli.** Schnell haben die hiesigen Unternehmer ihre Meinung hinsichtlich des Tarifabschlusses geäußert. Noch vor drei Wochen sagten dieselben: „Jetzt verhandeln wir nicht; im November sind wir bereit zu verhandeln, wie im nächsten Jahre die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt werden sollen.“ — Und heute —? Nun, wir haben uns eben den Tarif erkämpft. Nachdem die Organisationsleitungen alles versucht hatten, um auf friedliche Weise unsere Forderung zur Durchführung zu bringen, jedoch stets vergeblich, stellten die Kollegen, meistens Mitglieder unseres Verbandes, bei der Firma Pennarz & Schelle die Arbeit ein. Daraufhin wurden die Unternehmer lebendig. Die gesperrte Firma gab sich die größte Mühe, Arbeitswillige zu bekommen. Und es war in der Tat kein Leichtes, die vielen Zugewanderten wieder zur Umkehr zu bewegen. Die überall herrschende Arbeitslosigkeit dürfte hierbei auch von großem Einfluß gewesen sein. Ohne zu übertreiben darf gesagt werden, die streikenden Kollegen haben sich während des Kampfes tapfer geschlagen. Leider ließen sich vier Kollegen als Streikbrecher gebrauchen. Zugegeben werden muß, daß diese noch wenig Begriff von der Gewerkschaftsbewegung hatten. Zwei davon waren 1/4 Jahr organisiert, die anderen beiden hatten sich am Tage vor der Arbeitsniederlegung aufnehmer lassen. Alles in allem können die hiesigen Kollegen mit dem Erfolg zufrieden sein. Der Tarif sieht bei 10stündiger Arbeitszeit für dieses Jahr 55 Pf. für Maurer vor. Ab 1. April nächsten Jahres steigt der Lohn auf 58-59 Pf. Für Bauhilfsarbeiter wurde der Lohn jetzt auf 43-46 und im nächsten Jahre auf 46-48 Pf. festgelegt. In Zuschlägen werden gezahlt, für Überstunden 15 Pf., für Nachtarbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent. Die Staffellung der Löhne, so ungern wie sie von uns zugegeben wurde, ist schließlich aus dem wilden System, das bis heute hier herrschte. Jeder Unternehmer bezahlt, wie es ihm gerade paßt. Nach der Feststellung der ersten Bauplanarbeiten wurden entlohnt 10 Maurer mit 50 Pf., 21 mit 52 Pf. und so weiter bis 55 Pf., ja einige erhielten sogar noch weniger als 50 Pf. Mit den Löhnen der Hilfsarbeiter war es noch schlechter bestellt. Es erhielten 4 unter 40 Pf., 36 bekamen 40 Pf., die übrigen 42-45 Pf. Die größte Anzahl der bestentlohten Arbeiter mit 55 bzw. 45 Pf. beschäftigte die Firma Kortlang & Söhne aus Mülheim. Der Durchschnittslohn derjenigen Kollegen, die bei Gladbacher Unternehmern beschäftigt waren, betrug für Maurer 52 1/2 Pf. und für Hilfsarbeiter 40 1/2 Pf. Der Jahresdurchschnittslohn erhöhte sich demnach im nächsten Jahre für eine ganze Anzahl Kollegen um 80-120 M. Freilich bleibt nicht zu verkennen, daß die Löhne vorläufig noch hinter denjenigen unserer Nachbarorte Schlebusch, Wiesdorf, Opladen zurückbleiben. Es ist dieses zu bedauern, jedoch tragen die Kollegen hieran ein Teil Schuld mit. Es glauben nämlich bisher immer noch eine Anzahl ohne Verband auskommen zu können. Dann aber auch darf gesagt werden, daß die Kollegen von B.-Gladbach die besten Baujahre unbenutzt vorbegehen ließen. Viel Schuld trifft auch den sozialdemokratischen Maurerverband, weil derselbe, trotzdem die Kollegen früher in großer Anzahl dort organisiert waren, in B.-Gladbach nichts unternahm, und die Kollegen von Jahr zu Jahr vertrieben wurden. Wir wollen nun nicht mit der Bergangenheit hadern, das wäre nutzlose Zeitverschwendung. Jetzt, wo durch den Abschluß unseres ersten Tarifvertrages das Fundament gelegt ist, auf dem wir weiter bauen wollen, lassen wir uns durch nichts beeinflussen, sondern wollen unser Ziel fest im Auge behalten. Dieses Ziel ist, daß auch wir B.-Gladbacher Maurer wie Hilfsarbeiter mithelfen an dem großen Werk, den Arbeiterstand zu seinem Rechte zu verhelfen. Dazu bedarf es vor allem der Eiferung. Besuchen wir eifrig die Versammlungen, betreiben wir rege Agitation auf den Baustellen und wo es immer sei, dann wird die Zeit nicht mehr allzu fern sein, wo wir sagen können, die Kollegen von B.-Gladbach marschieren mit in der Reihe. Darum frisch ans Werk. Nicht verzagt, noch gezaubert, denn unser ist die Zukunft.

**Bezirk Posen.**

**Schönlante.** (Zimmerer.) Hier weiterte sich der Unternehmer Gehhardt den mit der Lohnkommission am 24. Juni gemeinsam festgelegten Vertrag anzuerkennen, wonach er verpflichtet war, ab 1. Juli 1 Pf. Zulage zu gewähren. Ja, der Mann ging sogar noch weiter, und versuchte den jüngeren Kollegen ohne weiteres den Lohn zu reduzieren, was er nach dem alten Vertrage verpflichtet war 37 Pf. zu zahlen. Nach persönlichen Vorstellungen durch unseren Bezirksleiter konnte leider auf friedlichem Wege durch das starre und ungeschickliche Verhalten des Unternehmers nichts ausgerichtet werden. Unsere Kollegen sahen, nachdem noch einmal versucht wurde, am Vorabend im Frieden die Sache zu regeln, jedoch wieder ohne Erfolg, daß sie gezwungen wurden, am Montag, den 6. Juli, die Arbeit niederzuliegen, welches auch einmütig alle 10 Mann getan haben. Bis dahin war unsere Position eine gute. Wie ein plötzliches Gewitter vom Himmel, so kam dem Unternehmer Hilfe aus Sachsen, um ihm in seiner Verzweiflung aus der Patsche zu helfen. Aus Chemnitz kam der Zimmerer Heinrich Gehhardt (im Zentralverbande der Zimmerer Deutschlands organisiert) an, und besorgte die Arbeit flottweg für unsere Kollegen. Wir ersuchen hiermit von Schönlante den Zugang fernzuhalten.

**Bezirk Münster.**

**Mhaus.** Am 1. Juli lief der mit den Arbeitgebern 1907 abgeschlossene Vertrag ab. Die Verhandlungen, die zwecks Abschließung eines neuen Vertrages geführt wurden, hatten zur Folge, daß für die Kollegen eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde erzielt wurde, ab 1. Oktober 1908 1 Pf. und vom 1. April 1909 ein weiterer Pfennig. In der am 5. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden, nachdem die Lohnkommission Bericht erstattet, sowie Kollege Müller (Münster) einen Vortrag über die stattgefundenen Verhandlungen in Mhaus und die jetzige Situation im Baugewerbe gehalten hatte, die getroffenen Vereinbarungen einstimmig angenommen, so daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum 31. März 1910 geregelt sind. War es auch möglich, jetzt wiederum durch die Organisation den Lohn um 2 Pf. ohne Kampf zu erhöhen, so hätte doch mehr erzielt werden können, wenn nicht ein großer Teil der Mhauser Kollegen ihren eigenen Interessen so gleichgültig gegenüberstünden. Kollegen von Mhaus, wollt ihr auch in Zukunft die Vorteile der Organisation genießen, dann heraus aus der Interesslosigkeit, arbeitet an eurer weiteren Schulung und Bildung durch aufmerksames Studieren der „Baugewerkschaft“ und fleißigen Besuch der Versammlungen. Helfe ein jeder durch fleißige Agitation an dem weiteren Ausbau der Organisation im Orte selbst und in der Umgegend mit, dann werden die gebrachten Opfer auch ferner ihre Früchte tragen.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Selbstkassen, 18. Juli 1908.** (Arbeitgeber-Terrorismus.) Wenn zwei das selbe tun, so ist es doch nicht das gleiche. Während Arbeitgeber die größten Verfehlungen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter begehen dürfen, ohne auch nur im geringsten sich eine Strafe zuzuziehen, werden Arbeiter wegen kleinlicher Verfehlungen gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Ein Arbeitgeber hat dies nicht zu beklagen. Aus diesem Anlaß macht es sich bemerkbar, daß die Terrorismandakte sich von Jahr zu Jahr mehren. Man hat eben freies Spiel, und dieses wird ausgenutzt. (Wie lange? Bei anderen und zwar besseren Konjunkturverhältnissen galten wie alles wieder beim. Die Reaktion.) Folgender Fall möge geeignet sein, um in der Öffentlichkeit dieses zu beweisen. Ein der Sektion christlicher Fliesenleger angehörender Kollege trat bei einem Zwischenmeister namens Behnards in Arbeit als Maurer. Doch, o weh, nach kurzer Zeit besuchte der wirkliche Unternehmer Herr Vielesfeld die Baustelle. Nachdem er gewahrt, daß sich auf seiner Baustelle ein Fliesenleger befand, machte Herr Vielesfeld nach Aussage des Zwischenmeisters Behnards folgende Bemerkung: Wenn Sie bis Montag den betreffenden Fliesenleger nicht entlassen, entziehe ich Ihnen die Arbeit. Ja, der arbeiterfreundliche Mann ging noch weiter und sagte, den Fliesenlegern dürfe man keinen Krunt Wasser geben, und wenn ihnen die Junge meterlang aus dem Halse hänge. Eine großartige Leistung, Herr Vielesfeld, und ein rechter Beweis scharfmarkiger Taktik. Gegen Behnards wurde nun in erster Linie Klage erhoben wegen Entlassens ohne Kündigung. Derselbe wurde denn auch wegen Richter Scheiterns zum Termine verurteilt. Also nicht allein Arbeiter, nein auch Arbeitgeber werden zu machen, dessen Scheitern sich Herr Vielesfeld nicht. Dabei versuchen dann solche Leute sich in der Öffentlichkeit als echt christlich hinzustellen. Diese Tatsache möge aber einmal der Öffentlichkeit beweisen, in welcher Weise man sich betätigt, und auch andererseits, wie die christlichen Gesühle einzelner Arbeitgeber ihren Arbeitern gegenüber sich bemerkbar machen. So treibt man Väter von sechs Kindern aus der Arbeit, um sie schließlich dem Elend preiszugeben. Herrn Vielesfeld wird noch Gelegenheit gegeben, die Wirkung seiner Tat einzusehen. Er soll auch nicht glauben, durch brutale Terrorisierung etwa die christliche Organisation schädigen zu können.

**Solingen.** Am 27. Juni hielt unsere Verwaltungsstelle eine außerordentliche Versammlung ab, zu der Wald und Dyllig eingeladen waren. Nachdem die Punkte „Geschäftliches“, „Arbeitsrecht“ und „Bericht des Sozialen Ausschusses“ erledigt waren, erhielt Bezirksleiter Kollege Lange das Wort zu einem Vortrag über das Wirken unseres Verbandes. Er entwarf ein Bild, welches zeigte, daß unserer Organisation nach gut achtjährigem Bestehen 42 000 Kollegen angeschlossen sind. Sedenfalls ein Beweis, daß der Verband sich das Vertrauen der Bauarbeiterschaft erworben hat. Kaum war der Vortrag beendet, oder in einer Stadt oder einem Ort eingeführt, nahm er sich sofort der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an. Bei Gründung des Verbandes bestanden, trotzdem die sozialdemokratischen Verbände schon jahrzehntelang existierten, wilde, ungerichtete Arbeitsverhältnisse. Eine 11-, 12- und 13stündige Arbeitszeit war fast allortorts anzutreffen. Die Stundenlöhne für Maurer standen auf 30, 35 bis 37, höchstens 38 Pf. pro Stunde. Der Lohn der Hilfsarbeiter stand durchschnittlich um 25 Prozent niedriger. Dabei Klassenlöhne, die einfach standbald waren. So stand es in allen Bezirken des Baugewerbes. Es war keine geringe Leistung, aus diesen wilden Verhältnissen die heutigen tariflichen Verhältnisse zu schaffen. Unsere Organisation hat teils allein, teils mit anderen Verbänden gemeinsam nicht weniger als 646 Lohnbewegungen geführt, woran sich 50 714 Mitglieder beteiligten. Für diese wurden Lohnerhöhungen von 2-14 Pf. pro Stunde erzielt, dazu eine Arbeitszeitverkürzung von 1/2-1 1/2 Stunde pro Tag. Streiks hat unsere Organisation bis zum Jahre 1908 257 geführt, die 663 970 M. Unterstützung verurteilten. Die Löhne sind durchschnittlich um 30-40 Prozent gesteigert worden. Eine längere als 10stündige Arbeitszeit ist nur noch in zurückgebliebenen Gegenden anzutreffen. Durch die Organisation haben wir das Mitbestimmungsrecht und die Gleichberechtigung beim Abschluß des Arbeitsvertrages erhalten. Wenn der Bauarbeiter heute den Tarifvertrag einem Vergleich unterzieht, kann er sehen, wie die Löhne in den einzelnen Städten und Orten mehrerer Provinzen divergieren. Die Verbandsbureaus sind in der Lage, über den Lohn von fast ganz Deutschland Ausschluß zu geben. Dazu nicht Klassenlöhne, sondern Einzelgehälter respektive Mindestlöhne. Weshalb ein verändertes Bild im Arbeitsvertrage? In diesem Jahre wollten uns die Unternehmerverbände diese Erwerbungsrechte wieder nehmen. Ein Vertragsmuster hielten sie für ganz Deutschland gut, das die früher erworbenen Rechte beiseite sollte und wiederum den alten Klassenlohn einführen wollte. Dem Unternehmer sollte das Recht eingeräumt werden, Klassenlöhne bis zu 15 Prozent weniger als dem allgemeinen Lohn zu zahlen. Die bisherigen Zuschläge sollten zur Hälfte herabgedrückt werden, und eine Reihe anderer Verschlechterungen waren vorgelesen. Diese Pläne sind durch die Bauarbeiterorganisationen abgewehrt und in über 100 Lohngebieten eine Lohnaufbesserung errungen. Die Bewegung hat aber gezeigt, daß für die Zukunft nur starke und leistungsfähige Organisationen den Schutz der Bauarbeiterschaft bedeuten und den Frieden sichern. Daher muß ein jeder mit neuer Begeisterung in die Agitation eintreten. Unsere Organisation hat die eingelegenen Gelder von Anfang an dazu verwendet, die Lebenslage der Kollegen zu heben. Dadurch sind tausendfältige Früchte erzielt worden. Den Kollegen wird auch in anderen Kopffällen unter die Arme gegriffen, daher muß eine Arbeiterorganisation eine starke Kasse zur Verfügung haben. Jeder muß daher auf die Stärkung der Verbandskasse sein Hauptaugenmerk richten, denn nur die Kasse bedeutet den Hauptstapel. Jeder muß zur Organisation herangezogen werden, denn jetzt ist die Zeit zum Sparen. Diejenigen, die jetzt indifferent bleiben, würden 1910 das Zusammengehehen schnell begehren helfen. Daher darf keiner ruhen, bis der letzte der Organisation zugeführt ist. Dem Vortrage wurde mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt und mehrere Kollegen machten sich Notizen, um das Schörbe in der Agitation zu verwenden. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen befreit über den Verlauf der diesjährigen Lohnbewegung aus. Es wurde dann zum Punkt 4 der Tagesordnung Stellung genommen: „Haben die Unternehmer Tarifbruch begangen? Mehrere Unternehmer haben die Stunde vor Pfingsten nicht bezahlt, während andere dieselbe nach dem alten Vertrage bezahlten. Die Unternehmer entschuldigen ihre Handlungsweise damit, daß sie sagen, der neue Vertrag sehe die Bezahlung dieser Stunde nicht vor. Der neue Vertrag besagt aber, daß vor Pfingsten und Pfingsten zwei Stunden früher gezahlt werden soll; und der Berliner Schiedsgerichtspräsident hat in seinem Urteile zugunsten der Verbandsorganisation die Zahlung dieser Stunden im Urteile. Es wurde beschlossen, an die örtliche Leitung des Arbeitgeberverbandes heranzutreten, und falls diese ein Vergehen gegen den Tarif befreit, eine Tarifkommissionsung zu beantragen, um die

Sache in Ordnung zu bringen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde angeregt, daß für jeden Bau Baubelegierte gewählt werden. Des weiteren soll die Hausagitation betrieben werden. Zu letzterem Zweck soll eine besondere Sitzung der Vertrauensleute stattfinden. Als Delegierter zur Bezirkskonferenz wurde Kollege Kessler gewählt. Um 11 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende die interessante und lehrreiche Versammlung.

**Erier.** Die hiesigen „Gewissen“ hatten für Sonntag, den 11. Juli, eine öffentliche Versammlung für Maurer und Bauhilfsarbeiter einberufen. Es referierte Genosse Vogt aus Straßburg. Der erste Teil seines Referates — „Warum organisieren wir uns“ — ging so lesbar, daß man aber — „Wie organisieren wir uns“ — das war zu töplich. Einige lobend-betonte Vogt „ausdrücklich“, daß er nur historische und geschichtliche Tatsachen erzähle. Die Entwicklung der christl. Gewerkschaften, die uns da „historisch“ vorgeführt wurde, ließ uns kaum aus dem Saale kommen! Bald waren sie von Geistlichen gegründet, dann las er wieder aus dem Bitatensack: „Die Geistlichen zeigten gar kein Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung.“ Als wirklich rührende „historische“ Tatsache meinte Vogt: „Bischof v. Kettler fand damals (1848) beim Zentrum (das erst 1871 gegründet wurde) kein Verständnis.“ Dann waren wir Zentrumsgewerkschaften, um einen Augenblick später zu hören: Der Zentrumsführer Windhorst habe gegen die Arbeiterorganisationen gerade im Reichstage. So ein Zeug mußten wir bald zwei Stunden anhören. Wirklich zum Lachen war es, wenn die „Christen“ bald die schlechtesten Kerle sein sollten, um einen Augenblick später in den stehebenen Himmel gelobt zu werden; „bald gab's Regen, bald Sonnenschein“. Genosse Vogt legte uns auch einmal das Verhältnis der „Freien“ zur Religion aus. Die „herrlichen“ Artikel im Grundstein, die zu Opfern, Pfingsten und Weihnachten erscheinen, seien überaus „wissenschaftlich“; die müssen nur mit „Verstand“ gelesen werden! Nicht die Religion wird bekämpft, sondern bloß deren Auswüchse und vor allem die — Heuchelei! Wir glauben, wenn Genosse Vogt die Heuchelei bekämpft, müßte er keinen Menschen mehr bekämpfen als — sich selbst. Mehr zu heucheln als er es tat, das scheint uns bald ein Kunststück; also mal los, Genosse Vogt! Wir wünschen sehr viel Erfolg bei dieser Arbeit; die meiste wird gewiß bei den eigenen Genossen zu finden sein. Zum Schluß meinte Vogt, es müsse für jeden klar sein, daß nur der „freie“ Verband etwas leisten könne; er allein kann Erfolge erzielen gegenüber dem Unternehmertum. Ist das nicht töplich? An 20 Jahre existieren die „Freien“ schon in Erier; was haben sie bis heute erreicht? Noch nicht das geringste! Die christl. Gewerkschaften haben jetzt in einem Zeitraum von 1/4 Jahr vier Lohnbewegungen geführt in Erier, die sämtlich mit gutem Erfolge beendet wurden, während die Genossen gerade gut genug waren, das menschenmögliche im Verhehen und Verleumdungen unserer Führer zu leisten. Bei der „freien Diskussion“ dachten wir auch, den Genossen ihre Geschichte etwas zu ergänzen, aber — wir hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Als erster hatte sich zur Diskussion gemeldet unser Kartellvorsitzender Lamberth. „Freie Diskussion“ tönte es vom Vorsitzenden her, aber Lamberth kann das Wort nicht erhalten; „der ist nicht Maurer, sondern Schreiner“. Ein Kollege wollte Abstimmung durch die Versammlung, ob das Wort bekäme oder nicht. Dazu hatte man aber nicht die Courage. Die „freien Helben“ sollten sich doch dann vor sich selber schämen. Sie hatten nichts dagegen, als im vorigen Jahre bei unserer Lohnbewegung unter Kartellvorsitzender stets bereit war, für die Maurer einzutreten und seine Mühe und Arbeit schenkte; sie waren froh, daß er mit Mut und Tat zur Seite stand. Nun, wir sagen uns: Eine Sache, die die öffentliche Kritik nicht verdrängt, die — verdient sie eben nicht; sie ist es nicht wert, darüber zu streiten. Aus diesem Grunde verließen wir auch die Versammlung, zurücklassend etwa 20 „echte Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“. Aber fragt nur nicht, was für welche.

### Briefkasten.

Nach Schwelm. Selbstverständlich könnt Ihr sie wegen Tarifbruch ausschließen. Ihr teilt alsdann den Ausschluß dem Zentralvorstand zur Bestätigung mit, mit dem Entschluß um Veröffentlichung. Gruß.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingefandte Gelder an die Hauptkasse fallen fort. In Zukunft werden die Geldbewegungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und zwar wöchentlich. **Selbstwendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Müderdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.** In der Zeit vom 13. bis 19. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Für Beiträge und Eintrittsgelder: Nachen 1200, — M., Berlin 1500, — M., Donauauf 92,77 M., Detmold 565,13 M., Gilders 5,95 M., Lügde 144,05 M., Neumarkt 36,20 M., Soest 233,15 M., Welbert (Einzelg.) 2, — M., Weiden 183,94 M., Altenstein (M.) 520,27 M., do. (A.) 75,64 M., Wensschau 87,50 M., Bochum 800, — M., Fuhrbach 22,97 M., Gr. Krag 105,04 M., Gnesen (B.) 40, — M., Hannover 800, — M., Hertelle 92,40 M., Kufelbe 29,97 M., Königsberg (M.) 607,45 M., Kragberg 145,35 M., Medinix 7,20 M., Reidenburg 113,80 M., Reustadt, Westpr. 511,90 M., Olberg 150, — M., Ostrix 197,60 M., Posen 500, — M., Gnesen (M.) 297,68 M., Rottien 64,10 M., Roberg 17,45 M., Wartenburg 69,53 M., Contwig 242,42 M., Duderstadt 554,31 M., Hamborn 800, — M., Gildesheim 600, — M., Haren 378,89 M., Garte-gasse 70,01 M., Kattowitz 400, — M., Lindau 100,86 M., Lüchtringen 143,40 M., Mühlhausen, Th. 28,56 M., Marktbedwig 58,98 M., Mainz 80,72 M., Ossenborn (Werner) 9,12 M., Peine 410,83 M., Runding 69,94 M., Sattenhausen 33,32 M., Scherfede 70,81 M., Steinbagen 92,27 M., Stadthagen 106,77 M., W. Gildenbach 51,60 M., Weingarten 77,35 M., Zabrze 104,30 M., Amberg 370,33 M., Aurich 275,98 M., Dernbach 256,40 M., Essen 2800, — M., Gaisbach 15,79 M., Garburg 45,34 M., Heideberg 431,57 M., Kempten 87,63 M., Königsberg (M.) 267,13 M., Rippstadt 212,55 M., Münster (B.) 296,20 M., Pfauhausen 38,08 M., Reichelsheim 26,69 M., Remshagen 73,16 M., Steinheim 77,22 M., Schwarmstedt 118,10 M., Billingen 36,04 M., Wilsbiburg 104,13 M., Wiehl 77,60 M., Wendorf (Einzelg.) 2,80 M., Wischofferode 44,36 M., Wramsdorf (D.) 108,46 M., Wittbrunn 80,83 M., Braunsberg 173,07 M., Eichstätt 42, — M., Gladbach 400, — M., do. Einzelg. 15,10 M., Kaiserlautern 200, — M., Konstanz 49,40 M., Münster (M.) 605,81 M., Mandelsloh 94,23 M., Straßburg 167,66 M., Erier 795,65 M., Weishausen 191,03 M., Bremen 406,94 M., Wingen 321,82 M., Colmar 56,15 M., Epe 70,63 M., Gronau i. N. 226,58 M., Lingen 257,60 M., Passau 74,27 M., Siegen 600, — M., Wilhelmshaven 102,21 M., Wunsiedel 51,55 M. Für Hauskassierhüter: Gnesen (M.) — 90 M., Runding — 45 M., Wiehl — 45 M., Wittbrunn — 75 M. Für Futterale: Straßburg — 30 M., Münster (M.) 150 M., Wiehl — 45 M., Kempten 150 M., Aurich 135 M., Runding 225 M., Haren — 75 M., Wensschau — 30 M., Bremen — 30 M. Für Ersatzbücher: Königsberg (M.) 4,75 M., Münster (M.) — 50 M. Für Inserat: Fuhrbach 2,90 M.

Für Protokolle: Königsberg (M.) 1 M. Für Unterstützungsfonds: Münster (M.) 80, — M. Für Beitrage: Peine 53,55 M., Bremen 4, — M.

### Bekanntmachungen.

Für das II. Vierteljahr haben bis zum 18. Juli abgerechnet: **Bezirk Baden-Württemberg:** Berghausen, Heideberg, Konstanz, Pfauhausen, Straßburg, Weingarten, Ludwigshafen. **Bezirk Brandenburg-Pommern:** Berlin. **Bezirk Bochum:** ... **Bezirk Gagen:** ... **Bezirk Hannover:** Braunschweig (D.), Duderstadt, Fuhrbach, Garburg, Mandelsloh, Minden, Mühlhausen Th., Sattenhausen, Scherfede, Weishausen, Kufelbe, Rohrbach. **Bezirk Köln:** Garte-gasse, Remshagen, Malmedy. **Bezirk Mitteldeutschland:** Asbach, Bingen, Friedhofen, Gilders, Mainz, Dernbach, Peine, Kiefenort, Wiesenfeld. **Bezirk Münster:** Aurich, Epe, Everstwinfel, Haren, Bingen, Münster (B.), Norden, Rheine, Sendenhorst, Stadthagen. **Bezirk Niederrhein:** ... **Bezirk Nordbahren:** Amberg, Werding, Cham, Kragberg, Marktbedwig, Neumunding, Schwandorf, Wending, Weiden, W. Gildenbach, Wunsiedel, Wittbrunn. **Bezirk Oberschlesien:** Wensschau, Zabrze. **Bezirk Ostpreußen:** Allenstein (M.), Allenstein (A.), Braunsberg, Königsberg (M.), Reidenburg, Tappau, Wartenburg. **Bezirk Paderborn:** WAGEN, Wiefeld, Detmold, Emiger, Hertelle, Lipp-lüchtringen, Lügde, Steinhagen, Steinhelm, Soest, Scherfede. **Bezirk Posen-Schlesien:** Gr. Wartenburg, Kempten, Ostrix, Rottien. **Bezirk Pommern-Saar:** Contwig, Erier. **Bezirk Südbahren:** Dillingen, Donaufauf, Eichstätt, Lindau, Passau. **Bezirk Westpreußen:** Elbing, Marienburg, Neustadt, Flatow, Gzerst, Gr. Krag.

Als verloren werden gemeldet: die Buch-Nr. 170 059, lautend auf Otto Wohlwend von der Stelle Wending; die Buch-Nr. 98 485 von der Zahlstelle Warburg i. W.; die Buch-Nr. 104 117 von der Zahlstelle Danzig; die Buch-Nr. 69 347 lautend auf Welling von der Zahlstelle Wiefeld.

Mit dem 1. Juli sind zur Anweisung der Krankenunterstützung neue Formulare zur Anwendung gekommen. Damit die richtigen Bescheinigungen nicht mehr bezahlt zu werden brauchen den Verwaltungs- resp. Zahlstellen vorgebrachte Formulare zur Verfügung, dieselben brauchen nur vom Arzt gefüllt zu werden. Die Verwaltungs- resp. Zahlstellenkassierer werden darauf aufmerksam gemacht, die auf der Rückseite der Formulare vorgebrachten Bestimmungen genau zu beachten. Die Vorbedingungen zur Anweisung der Kranken- und Sterbe-Unterstützungen bleiben wie bisher. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß ausgezahlte Unterstützung erst in dem Vierteljahre mit Hauptkasse (auf den Abrechnungsformularen) verrechnet werden darf, in welchem die letzte Unterstützung ausgezahlt worden ist. Selbstverständlich müssen dann auch die Quittungen mit eingefandt werden. Die neuen Formulare können schon von der Zentrale bezogen werden. Der Hauptvorstand

**Ausgeschlossen** wegen Streikbruch wurde das Mitglied G. Gahemeier, Buch-Nr. 18 745, von der Verwaltungsstelle Reckhausen. Wegen Streikbruchs werden folgende Mitglieder von der Stelle Berg-Gladbach ausgeschlossen: J. Kierpel, Buch-Nr. 101 Peter Kinaldo, Buch-Nr. 178 239, Joh. Frielingsdorf, Buch-Nr. 163 475, und Karl Steffens, Buch-Nr. 101 969. Ferner wurden ausgeschlossen wegen Streikbruchs im Plattenlegerkampf das Mitglied Wilhelm Welling, Buch-Nr. 33 039, von der Zahlstelle Dortmund.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Aachen und Umgegend sucht zum 1. Oktober d. J. einen Kartell-Beamten. Bewerber müssen eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und gründlich agitorische und organisatorische Beschäftigung nachweisen können. Bewerber, welche noch nicht als freigestellte Beamte tätig waren, müssen Referenzen ihres Zentralvorstandes beifügen. Die Anstellungsbedingungen richten sich nach den Satzen des Gesamtverbandes. Bewerbungen sind bis spätestens 15. Juni unter Beifügung eines Lebenslaufes an den Vorsitzenden M. Klittgen, Pontstraße 56 in Aachen einzusenden.

**Aufforderung!** Kollege Karl Schneider, geboren am 8. November 1883 zu Upenberg, wird ersucht, dem Kollegen Friedrich Oberhausen, Mauerstraße 14, seine Adresse mitzuteilen, da dieser ihm sein Mitgliedsbuch (Nr. 70 359) zusenden kann.

**Achtung! Gamm.** Der Verwaltungsstellen-Vorsitzer Kollege Johannes Gahemeier, wohnt jetzt Königstraße 6. Briefsendungen sind nach dort zu richten. **Aufruf!** Wer über den derzeitigen Aufenthalt der Kollegen Johann und Joseph Reul aus Ellar Auskunft geben kann, wird gebeten, deren Adresse an Joseph Preuß in Elberfeld, Wilschstraße 33b zu senden.

### Sterbetafel.

Am 26. Juni starb unser Kollege Josef Schäfer im Alter von 35 Jahren infolge Ueberfahrens durch die Eisenbahn. Zahlstelle Witten a. d. Ruhr. Am 11. Juli starb unser treuer Kollege Franz Wingenfeld von Kleinliber im Alter von 25 Jahren infolge Lungenerkrankung. Am 12. Juli starb unser treuer Kollege Franz Müller von Gläzertell im Alter von 30 Jahren an Rückenmarkschwindsucht. Verwaltungsstelle Fulda. Am 13. Juli starb unser Kollege Heinrich Buskötter im Alter von 38 Jahren an einem Blasenleiden. Zahlstelle Bocholt (Maurer). **Ehre ihrem Andenken!**